

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

26. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Juni 2002, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellvertretende Vorsitzende

i. V. von Rolf Fischer

i. V. von Helmut Jacobs

i. V. von Dr. Ulf von Hielmcrone

i. V. von Jost de Jager

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Symposium zur inhaltlichen Konzeption eines Hauses der Geschichte</b>	5
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und zur Änderung des Hochschulgesetzes</b>	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1839	
<b>3. Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung</b>	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1263	
<b>4. Novellierung der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung</b>	9
<b>5. Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)</b>	10
<b>6. Anwärtersonderzuschläge für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter an beruflichen Schulen</b>	11
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1798	
<b>7. Bericht über die Gewinnung von Lehrkräften</b>	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1728	

<b>8. Entwicklung und Perspektiven der Gesamtschulen in Schleswig-Holstein</b>	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1660	
<b>9. Weiterentwicklung des IPTS</b>	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1837	
<b>10. Bericht zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Landes</b>	15
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1712	
<b>11. Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung</b>	16
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1802	
<b>12. Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Schleswig-Holstein</b>	17
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1819 (neu)	
<b>13. Entwurf einer neuen Landesverordnung über die schulärztlichen Aufgaben</b>	18
<b>14. Verschiedenes</b>	20

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Symposium zur inhaltlichen Konzeption eines Hauses der Geschichte**

(siehe 25. Bildungsausschusssitzung am 23. Mai 2002)

hierzu: Umdruck 15/2293

Der Bildungsausschuss beschließt auf der Grundlage des CDU-Antrages Umdruck 15/2293, am Dienstag, 3. September 2002, 18 Uhr, eine Veranstaltung zur inhaltlichen Konzeption eines Hauses der Geschichte durchzuführen. Über die genaue Planung der Veranstaltung wollen sich die Ausschussmitglieder am Rande der kommenden Plenartagung, am 19. Juni 2002, 13:30 Uhr, verständigen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und zur Änderung des Hochschulgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/1839

(überwiesen am 16. Mai 2002)

hierzu: Umdrucke 15/2179, 15/2268 und 15/2292

Der Ausschuss verständigt sich auf folgenden Entwurf eines Zeitplans für die Anhörung zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein am Donnerstag, 29. August 2002:

**Entwurf eines Zeitplans  
für die Anhörung  
zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein,  
Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/1839,  
am Donnerstag, dem 29. August 2002**

10:00 Uhr	Rektor der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), Prof. Dr. Demuth Rektor der Universität zu Lübeck (UL), Prof. Dr. Trautwein Dekan der Medizinischen Fakultät der CAU, Prof. Dr. Illert Dekan der Medizinischen Fakultät der UL, Prof. Dr. Jocham Vorsitzender des Vorstands des Universitätsklinikums Kiel, Prof. Dr. Grote Vorsitzender des Vorstands des Universitätsklinikums Lübeck, Prof. Dr. Kömp Direktor für Krankenpflege und Patientenservice am Universitätsklinikum Kiel Petersen Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice am Universitätsklinikum Lübeck Frau Schulte
11:40 Uhr	Personalrat des Universitätsklinikums Kiel Personalrat des Universitätsklinikums Lübeck Personalrat (W) des Universitätsklinikums Kiel Personalrat (W) des Universitätsklinikums Lübeck Frauenbeauftragte der CAU Frauenbeauftragte der UL Gleichstellungsbeauftragte des Universitätsklinikums Kiel AStA der CAU AStA der UL
13:00 Uhr	Mittagspause
14:00 Uhr	Unternehmensberatung Roland Berger; Dr. Kartte Vorsitzender der wissenschaftlichen Kommission, Prof. Dr. Niethammer Präsidentin des Deutschen Pfliegerates, Frau Müller
15:00 Uhr	ver.di Hochschulverband Verband Hochschule und Wissenschaft Unternehmensverbände
16:00 Uhr	Ärztammer Marburger Bund AOK Schleswig-Holstein VdAK
<p>um <b>schriftliche Stellungnahmen</b> werden gebeten: ehemaliger Kaufmännischer Direktor des Universitätsklinikums Lübeck, Herr Schüttig Pflegedienstleitung des Universitätsklinikums Kiel Pflegedienstleitung des Universitätsklinikums Lübeck Vorsitzende des Verbandes der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen, Frau Klein Deutsches Rotes Kreuz, Frau Oberin Totzki Arbeitsgemeinschaft leitender Krankenpflegepersonen, Herr Zinke</p>	

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1263

(überwiesen am 19. Oktober 2001)

hierzu: Umdrucke 15/1791, 15/1902 bis 15/1912, 15/1929, 15/1931,  
15/2106, 15/2165

M Erdsiek-Rave teilt mit, als Fazit der Anhörung werde man - wie in der letzten Kuratoriumssitzung vorgestellt - dem Kabinett vorschlagen, die Landeszentrale für Politische Bildung mit Beginn des nächsten Jahres als Landesbetrieb nach § 26 der Landeshaushaltsordnung zu führen und die Funktion der Netzwerkbildung zwischen den Akteuren der politischen Bildung im Lande in den Vordergrund zu rücken. Von der ursprünglichen Absicht, die Landeszentrale in eine GmbH umzuwandeln, sei nach den Einwänden der Gewerkschaften und weiterer Organisationen Abstand genommen worden. Mit der neuen Organisationsform würden die beiden Ziele verfolgt, die wirtschaftliche Eigenverantwortung und Unabhängigkeit der Landeszentrale zu stärken und den Staat nicht aus seiner Verantwortung zu entlassen. Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert sie, an den Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen Land und Landeszentrale sei ebenso wenig gedacht wie an eine Zerschlagung der Landeszentrale; vielmehr gehe es um ihre dringend notwendige Modernisierung und Weiterentwicklung.

Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU wird der Antrag von Abg. Weber angenommen, die Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge im Angesicht der neuen Sachlage auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Novellierung der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung**

M Erdsiek-Rave teilt mit, dass man nach der umfangreichen Anhörung weitgehend auf Anregungen der Betroffenen eingegangen sei und Missverständnisse ausgeräumt habe. Nach der zum neuen Schuljahr in Kraft tretenden Verordnung werde es keine gesonderten Lehrpläne für die Förderschule und die Schule für geistig Behinderte mehr geben, sondern für das einzelne Kind werde der individuelle Förderbedarf definiert und ein Lernplan aufgestellt. Durch die stärkere individuelle Förderung - mit der man im Übrigen eine OECD weite Entwicklung nachvollziehe - solle der Umfang des Sitzenbleibens möglichst reduziert und damit der Überalterung der Schülerschaft entgegengewirkt werden. Gleichwohl bleibe die Möglichkeit, eine Klassenstufe zu wiederholen, nach dem Schulgesetz grundsätzlich erhalten. Durch die neue Verordnung würden die Wahlmöglichkeiten bei der beruflichen Bildung für Schülerinnen und Schüler mit geistiger Behinderung und deren Eltern gestärkt. Außerdem werde Verwaltungsaufwand reduziert, zum Beispiel indem an die Stelle der bisherigen Förderausschüsse zukünftig Koordinierungsgespräche träten.

Abg. Dr. Klug bezweifelt, dass wesentliche Bedenken der Betroffenen ausgeräumt seien, und schließt sich der Auffassung des Schulleiterverbandes an, bei der Versetzung in die nächst höhere Klassenstufe den Leistungsgedanken nicht außer Acht zu lassen.

M Erdsiek-Rave stellt unter Hinweis auf die Ergebnisse der PISA-Studie und die Praxis in den skandinavischen Ländern noch einmal den Förderbedarf des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt. Eine Verlängerung des Schulbesuchs ziehe nicht automatisch eine Verbesserung der Schulleistungen nach sich. Im Übrigen bleibe - wie gesagt - die Möglichkeit bestehen, eine Klasse zu wiederholen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)**

Bericht des Bildungsministeriums  
Umdruck 15/2104

M Erdsiek-Rave teilt mit, es lägen neun Bewerbungen von Schulträgern für die Teilnahme an der Erprobungsphase vor. Die Auswahl der an der Erprobungsphase teilnehmenden Schulen werde Ende Juni mit Hilfe einer Kommission bestehend aus Vertretern des Bildungsministeriums, Wirtschaftsministeriums, Finanzministeriums, Innenministeriums, Sozialministeriums, Hauptpersonalrats, Städteverbands, Landkreistags und der Sozialpartner getroffen. Über die Frage der zukünftigen Rechtsform der Regionalen Berufsbildungszentren werde nach Abschluss der Erprobungsphase entschieden. Die Ausschreibung der Stelle des Projektmanagements, die aus dem Stellenkontingent der beruflichen Schulen finanziert werde, sei abgeschlossen.

Die Abg. Spoorendonk und Birk setzen sich für eine Rechtsform ein, die den regionalen Berufsbildungszentren größtmögliche wirtschaftliche Eigenverantwortung gewähre.

M Erdsiek-Rave äußert, im Rahmen einer Experimentierklausel würden den an der Erprobungsphase teilnehmenden Schulen Kompetenzen und Aufgaben vom Schulträger beziehungsweise Land übertragen. Die Erprobungsphase werde durch das Projektmanagement begleitet, der gesamte Prozess somit ständig evaluiert und mit einem zeitgleich durchgeführten BLK-Modellversuch zu neuen Formen des Berufsschulunterrichts verknüpft.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Anwärtersonderzuschläge für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter an beruflichen Schulen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1798

(überwiesen am 16. Mai 2002)

Eine Frage von Abg. Birk beantwortet M Erdsiek-Rave dahin, in den benachbarten Bundesländern und Nordrhein-Westfalen gebe es keine konkreten Planungen, für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter im Bereich der beruflichen Schulen Anwärtersonderzuschläge zu zahlen.

Der Ausschuss unterstützt die Zielsetzung des Antrages, erwartet von den Fraktionen im Laufe der kommenden Haushaltsberatungen Vorschläge zur Finanzierung der angesprochenen Maßnahmen und stellt die Beschlussfassung über den Antrag bis dahin zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht über die Gewinnung von Lehrkräften**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1728

(überwiesen am 16. Mai 2002 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Entwicklung und Perspektiven der Gesamtschulen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1660

(überwiesen am 16. Mai 2002 zur abschließenden Beratung)

Ebenfalls ohne Aussprache nimmt der Ausschuss diesen Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Weiterentwicklung des IPTS**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1837

(überwiesen am 16. Mai 2002 zur abschließenden Beratung)

M Erdsiek-Rave bittet um Verständnis, die Ergebnisse und Bewertung des ihr erst vor zwei Tagen vorgelegten Abschlussberichts der Projektmanagerin in dieser Ausschusssitzung nicht vortragen zu können. Man bereite derzeit eine Kabinettsvorlage zum weiteren Verfahren vor. Zum 1. August 2002 solle für das IPTS ein neuer Geschäftsverteilungsplan mit Ausrichtung auf die künftige Struktur greifen. Die Umstrukturierung des IPTS werde knapp drei Jahre dauern und Ende 2004 in ein Errichtungsgesetz für das IQSH münden.

Die stellvertretende Vorsitzende kritisiert, dass der Bildungsausschuss abermals keine Möglichkeit habe, durch eine Diskussion der Inhalte den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der zukünftigen Struktur der Organisation der Lehrerbildung zu beeinflussen, und die Exekutive die Legislative vor vollendete Tatsachen stelle.

Abg. Weber hält es für selbstverständlich, dass die Umsetzung der Reform des IPTS und der Lehrerbildung, die zügig vorangetrieben werden solle, einer entsprechenden Beschlussfassung durch das Parlament bedürfe.

Auf Fragen aus dem Ausschuss stellt M Erdsiek-Rave klar, die neue Leitungsstelle solle nach der Sommerpause ausgeschrieben werden. Eine Änderung der Referendarausbildung sei erst zum Schuljahr 2004/5 geplant. Eine vollständige Veränderung der Lehrerausbildung, wie zum Beispiel Abkehr vom Schulartenbezug oder Zusammenlegung der ersten und zweiten Ausbildungsphase, plane die schleswig-holsteinische Landesregierung nicht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis und beschließt, sich mit der Zukunft des IPTS und der Lehrerbildung in der nächsten Sitzung erneut zu befassen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Bericht zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Landes**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1712

(überwiesen am 16. Mai 2002 zur abschließenden Beratung)

Abg. Spoorendonk thematisiert folgende Fragen: Verhältnis von Projektförderung und institutioneller Förderung, Stand der Evaluation der Kulturförderung, Zielvereinbarung mit den Volkshochschulen, Vernetzung von Kulturakteuren, Koordination von kulturellen Aktivitäten.

Abg. Schwarz bittet in der nächsten Sitzung um einen Zwischenbericht zur Evaluation der Kulturförderung.

Abg. Birk macht hinsichtlich bestimmter Kulturveranstaltungen auf die Differenzierung von Interessen des Landes und Partikularinteressen aufmerksam.

Nach kurzer Diskussion beauftragt der Ausschuss das Bildungsministerium, zu Beginn der nächsten Sitzung einen Zwischenbericht über die Evaluation der Kulturförderung zu erstatten und auf die aufgeworfenen Fragen einzugehen. Den Bericht nimmt er abschließend zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1802

(überwiesen am 17. Mai 2002 an den Umweltausschuss und den Bildungsausschuss)

Abg. Weber äußert, der Bericht sei eine gute Grundlage, über eine gewisse Konzentration von Bildungsprojekten für eine nachhaltige Entwicklung nachzudenken.

Abg. Birk würdigt die im Bericht aufgezeigten Projekte, vor allem im Schulbereich, als einen unverzichtbaren Beitrag zur politischen Bildung.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

**Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1819 (neu)

(überwiesen am 15. Mai 2002 an den Sozialausschuss, den Umweltausschuss  
und den Bildungsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss, den Antrag nach der Berichterstattung des Umweltministers im Plenum für erledigt zu erklären.

Punkt 13 der Tagesordnung:

**Entwurf einer neuen Landesverordnung über die schulärztlichen Aufgaben**

(auf Antrag von Abg. Dr. Klug)

M Erdsiek-Rave berichtet, Ausgangspunkt der Änderung der Landesverordnung über die schulärztlichen Aufgaben sei die Verabschiedung des Gesundheitsdienst-Gesetzes im Dezember letzten Jahres, nach dem der bisherige Umfang der schulärztlichen Leistungen kritisch überprüft und freiwillige Leistungen abgebaut werden sollten. Der Entwurf der neuen Landesverordnung, zu der die Anhörung bis zum 22. Juli laufe und die zum Jahresende in Kraft treten solle, sehe unter anderem einen Wegfall der vorgeschriebenen schulärztlichen Untersuchung in der dritten oder vierten Klassenstufe - die nur in relativ geringem Umfang tatsächlich praktiziert und nur in sechs anderen Bundesländern durchgeführt werde - sowie den Wegfall des freiwilligen Angebots der Gesundheitsämter, eine schulärztliche Untersuchung in der achten oder neunten Klassenstufe durchzuführen, vor. Inwieweit der Verordnungsentwurf infolge der Erkenntnisse der PISA-Studie und der Ergebnisse der Anhörung möglicherweise geändert werden müsse, sei offen, zum Beispiel die Frage, die Möglichkeit der freiwilligen Untersuchung in der achten oder neunten Klassenstufe beizubehalten.

Abg. Birk erinnert daran, dass sich die FDP gerade in umwelt-, sozial-, gesundheits-, bildungs- und jugendpolitischen Fragen stets für Deregulierungen und damit Standardabsenkungen einsetze und bei der Beratung des GDG keinerlei Engagement für spezifische gesundheitspolitische Belange habe erkennen lassen. Die Ergebnisse des Kindergesundheitsberichts des Gesundheitsamtes Lübeck, der vorbildlich sei, die PISA-Diskussion sowie das Vorhandensein sozialer Brennpunkte ließen es nicht zu, die Möglichkeit einer schulärztlichen Untersuchung von Schülerinnen und Schülern in der achten oder neunten Klassenstufe generell abzuschaffen.

Abg. Spoorendonk schließt sich dieser Auffassung an, hält eine Untersuchung der Kinder im Pubertätsalter für wichtig und fragt nach der Möglichkeit, diese von den Krankenkassen bezahlen zu lassen. Das Problem sei, dass die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen freiwillig seien und nur zum Teil wahrgenommen würden.

Abg. Dr. Klug bittet das Sozialministerium um eine Stellungnahme, inwieweit Aufgaben der schulärztlichen Untersuchungen durch ärztliche Vorsorgeuntersuchungen, die von den Krankenkassen finanziert würden, aufgefangen würden.

Der Ausschuss beschließt, die Thematik in der nächsten Sitzung im Zusammenhang mit der Beratung des PISA-Antrages der Koalitionsfraktionen weiter zu behandeln.

Punkt 14 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auf Fragen von Abg. Storjohann zur Wiederherstellung des Fürstengartens und Globushauses auf **Schloss Gottorf** sagt M Erdsiek-Rave zu, dem Ausschuss das vom Stiftungsrat beim Stiftungsvorstand angeforderte Konzept zur Verfügung zu stellen. Auf eine weitere Frage von Abg. Storjohann zum Verkauf des **Plöner Schlosses** an die Fielmann AG teilt die Ministerin mit, der im Kaufvertrag festgesetzte Zahlungstermin sei eingehalten worden.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:40 Uhr.

gez. S. Eisenberg

Stellvertretende Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer